

MARBURGER ECHO

STADTZEITUNG DER DKP MARBURG-BIEDENKOPF

AUSGABE 2/4_2018



ARBEITSKAMPF

Tarifverhandlungen im
Öffentlichen Dienst

LOKALES

Denkmalschutz in Marburg

OSTERSPAZIERGANG

Marburger Friedensbewegung im Aufschwung

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

blickte man in den vergangenen Wochen in die Zeitungen, so konnte einem glatt die Spucke wegbleiben: Diskutiert die SPD da tatsächlich über Hartz IV? Über dessen mögliche Abschaffung? Ein gewisser Michael Müller (SPD), Berlins regierender Bürgermeister, stieß die „Debatte“ an. In einer nicht näher bestimmten Zukunft solle Hartz IV durch ein ebenfalls nicht näher bestimmtes „solidarisches Grundeinkommen“ ersetzt werden. So sein Vorschlag. SPD-„Linker“ Stegner stimmte zu, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), Agenda 2010-Freund der ersten Stunde, ebenfalls. Ist das also der Anfang vom Ende einer die Menschenwürde verachtenden „Reform“, mit der Schröder einst

dem deutschen „Sozialstaat“ den Todesstoß versetzte? Man ahnt es bereits: Nein. Die (bewusst) vagen Vorschläge aus der SPD wurden sogleich von CDU und sogenannten „Arbeitgebern“ als Irrweg abgetan. Auch Scholz, Vizekanzler und Chef im Hause SPD, sah sich genötigt klar zu stellen: „Auch Herr Müller und Herr Stegner stellen das Prinzip des Förderns und Forderns nicht infrage“. Ende, aus. Was lernen wir aus dieser (Schein-)Debatte? Nichts, was man nicht schon aus den letzten GroKos hätte lernen können: Von dieser Regierung ist nichts zu erwarten. Es bleibt dabei: Sozialer Fortschritt wird auf den Straßen & in den Betrieben erkämpft.

**Michael Henkes,
Vorsitzender DKP Marburg-
Biedenkopf**

INHALT

THEMA	SEITE
Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst	3-4
Mehrheit oder Minderheit? Der 1. Mai 2018	5-6
Denkmalschutz in Marburg - eine unendliche Geschichte	7-8
22. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei	9-10
Stoppt den türkischen Angriffskrieg!	11
300 Ostermarschierer in Marburg - Friedensbewegung im Aufschwung!	12-13
Filmempfehlung: Barmbek - Ein Aufstand wird abgebrochen	14
Termine	RÜCKSEITE

TARIFVERHANDLUNGEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST

In der Regel finden alle zwei Jahre Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst statt. In diesem Jahr lautet die Forderung der zuständigen Gewerkschaft ver.di: 6% mehr Lohn, wenigstens aber ein Sockelbetrag von 200 €. Der Sockelbetrag soll mäßigend wirken auf das immer größer werdende Lohngefälle zwischen gut und schlecht Verdienenden im Öffentlichen Dienst. Die Arbeitgeberseite lässt sich nicht gern auf Sockelbeträge ein, kosten sie doch in der Regel mehr als eine rein prozentuale Erhöhung der Gehälter. Es dürfte zudem aber noch ideologische Beweggründe gegen eine Sockellösung geben: Mehr Ungleichheit bedeutet auch eine steilere Hierarchie im Arbeitsleben. Dies wirkt als zusätzliche Disziplinierung der Beschäftigten. Es ist dies aus Arbeitnehmersicht nicht das einzige und auch nicht das bedeutendste Problem. Noch schwerer wiegt, dass die Gehälter im Öffentlichen Dienst sehr stark der Lohnentwicklung in der "Freien Wirtschaft" hinterherhinken. Bei technischen oder handwerklichen Berufen kann das leicht schon mal 1000 € Unterschied ausmachen. Die Nachteile für die Beschäftigten liegen

auf der Hand. Falls man sich wirklich eine Wohnung in Arbeitsnähe, z.B. in einer Großstadt wie Frankfurt leisten könnte, hätte man doch immer noch keine auskömmliche Rente zu erwarten. Wer will (oder kann) dann noch im Öffentlichen Dienst arbeiten? Wem soll man eine ErzieherInnenausbildung empfehlen? Wer wird als HandwerkerIn oder TechnikerIn für eine Kommune arbeiten wollen? Bereits jetzt sind schon viele Stellen in kommunalen Bauhöfen und Kitas unbesetzt. Die Arbeitsbelastung / Arbeitsverdichtung steigt natürlich, mit ihr der Verschleiß der Arbeitskräfte: Es ist ein klassischer Teufelskreis. Bei ErzieherInnen gibt es ein weiteres grundlegendes Problem: Viele KollegInnen arbeiten ungewollt in Teilzeit. Sie stehen finanziell noch heikler da. Man sieht, gleichgültig wie der Tarifkonflikt ausgegangen sein wird (oder auch noch nicht), wenn diese Zeilen veröffentlicht sind: Grundsätzliche Probleme werden nicht gelöst. Was also ist künftig zu fordern? Für ErzieherInnen und MitarbeiterInnen im Sozialdienst steht eine echte Aufwertung noch aus. Vor drei Jahren gab es nur eine symbolische Aufwertung. Man hatte eine spezielle Gehalts-



gruppe für ErzieherInnen erfunden, die aber kaum eine Verbesserung brachte. Bei den technischen und handwerklichen Berufen steht eine Aufwertung ohnehin aus. Und: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich! Der Vorteil für ErzieherInnen wäre, dass mehr KollegInnen näher an eine Vollzeitstelle

herankämen. Und die Arbeitsbelastung der in Vollzeit Arbeitenden ginge mehr in Richtung erträglich. Letzteres gilt natürlich auch für die technischen und handwerklichen Berufe. Manch eine mag einwenden, dass die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und einer spürbaren Aufwertung der Berufe im Öffentlichen Dienst unrealistisch ist. Ich frage mich, ob nicht denjenigen der Realitätssinn abhanden gekommen ist, die alles im Grunde so lassen wollen, wie es jetzt ist. Denn das bedeutet: Überlastete KollegInnen, unbesetzte Stellen, weniger kommunaler Service für uns alle. Übrigens, jeder weiß es: Es ist genug Geld da...



Christian Mark

MEHRHEIT ODER MINDERHEIT?

DER 1. MAI 2018

Das Motto der Gewerkschaften zum 1. Mai lautet in diesem Jahr „Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit“. Die Aufgaben, denen sich die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stellen müssen, bleiben die gleichen wie in den Jahren zuvor, nämlich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen zu verbessern. Wenn man den Mainstream-Medien und der etablierten Politik Glauben schenken kann, ist dank „unseres“ staatsmonopolistischen Kapitalismus alles auf einem guten Weg. Deutschland scheint eine Insel der Glückseligen zu sein. Man liest von Exportüberschüssen und Unternehmensgewinnen und vernimmt, dass der private Reichtum täglich zunimmt. Auch bei uns am Gewerkschaftshaus in Gießen kann man an einer digitalen Reichtums-Uhr ablesen, wie die Nettoprivatvermögen in Deutschland sekundlich wachsen. Aktuell belaufen sich diese auf 8,5 Billionen Euro. Allerdings sind die Vermögen sehr ungleich verteilt. Während die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung 5,5

Billionen Euro ihr Eigen nennen, haben die unteren 50 Prozent unterm Strich kein Nettoprivatvermögen. Auch bei einem mittelmäßig ausgeprägten Gerechtigkeitsempfinden könnte man zu dem Schluss kommen, dass hier die Politik umsteuern müsste. Die Bundesregierungen unterschiedlichster politischer Couleur haben leider das Gegenteil gemacht. Die Steuerreformen seit 1998 haben dazu geführt, dass die Superreichen und großen Konzerne jährlich um 50 Milliarden Euro entlastet wurden. Geld, das der öffentlichen Hand fehlt, wenn Infrastruktur erhalten, soziale und kulturelle Projekte am Leben gehalten oder aber Erzieherinnen oder Busfahrer angemessen bezahlt werden sollen. Zynisch könnte man fragen, warum sollte es letzteren besser gehen als den inzwischen sieben Millionen Menschen, die in Deutschland im Niedriglohnsektor arbeiten müssen? Allein im Zeitraum von 1998 -2008 stieg dieser um 2,3 Millionen Menschen an, während gleichzeitig die Normalarbeitsverhältnisse erodier-

ten. Genauso wie die ungerechte Vermögensverteilung ist auch der gigantische Niedriglohnsektor nicht vom Himmel gefallen, sondern das Ergebnis von Tarifflicht, Privatisierungen, Outsourcing und nicht zuletzt von den Arbeitsmarktreformen, die unter dem Namen Hartz 1-4 traurige Berühmtheit erlangten. Aber alles, was von Menschen gemacht wurde, kann auch von Menschen wieder verändert werden. Ob dies gelingt, hängt letztendlich von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab. Dies bedeutet, gibt es Mehrheiten in den Betrieben und in der Gesellschaft, die sich aktiv dafür einsetzen, etwas zum Positiven

zu verändern? Oder bleiben wir eine Minderheit und alles bleibt, wie es ist? Gute Tarifabschlüsse, der gesetzliche Mindestlohn und das Verbot, Leiharbeiter als Streikbrecher einzusetzen, zeigen, dass man solidarisch gemeinsam Erfolge erzielen kann. Demokratie im besten Sinne bedeutet ja schließlich nicht nur bei Wahlen seine Stimme abzugeben, sondern selbige in gesellschaftlichen und sozialen Konflikten zu erheben und dies nicht nur am 1. Mai, sondern an 365 Tagen im Jahr.

Ulf Immelt

VERANSTALTUNGSHINWEIS: VR CHINA – DIE NEUE WELTMACHT?

Sehen wir uns die dominierenden Meldungen der bundesdeutschen Presseorgane in Wort und Bild an, dann führen die Chinesen Handelskriege, machen mit ihrer rückständigen Industrie die Umwelt kaputt, kaufen deutsche Unternehmen auf und bauen mit ihren finanziellen Mitteln weltweit ihren Einfluss aus. In China wird der Überwachungsstaat ausgebaut, Millionen von Wanderarbeitern werden unterdrückt, und eine neue Kaste superreicher Chinesen macht im Schutz der allmächtigen kommunistischen Partei ihre Geschäfte. Vorrangig wird weiterhin das Gespenst der gelben Gefahr bedient, obwohl die Volksrepublik China für die Bundesrepublik zunehmend wichtiger wird. China als Absatzmarkt ist fast schon die Überlebensgarantie zahlreicher deutscher Monopole und Mittelständler. Wir wollen einmal einen anderen Blick auf China wagen und fragen, was ist dran an dieser chinesischen Variante des Sozialismus? Der Nationale Volkskongress, das höchste Organ des chinesischen Staates, hat dafür die zu bewältigenden Aufgaben benannt. Die sozialistische Modernisierung soll weitergeführt werden, um bis 2035 die „materiell-technische Basis“ für ein „großartiges, modernes und sozialistisches Land“ zu erarbeiten. Ungebremstes Wirtschaftswachstum und Risiken wie Armut und Umweltverschmutzung sind dabei zu vermeiden. Ob und wie das gelingen kann, darüber wollen wir am 26. Mai 2018 informieren und reden.

26.05.2018, 10-17 Uhr | DGB-Haus Marburg, Bahnhofstraße 6

Veranstalter: Marx-Engels-Stiftung, DKP & SDAJ Marburg

DENKMALSCHUTZ IN MARBURG - EINE UNENDLICHE GESCHICHTE



Das kleine Universitätsstädtchen Marburg ist reich an kulturhistorischen Stätten. Die Stadt umrahmt von Bergen mitsamt ihrem malerischen Fluss, der Lahn, lädt seit jeher viele Menschen ein, hier zu verweilen, zu studieren, zu leben. Leider werden jedoch denkmalgeschützte Gebäude immer wieder vom Abriss bedroht – sollen durch unattraktive Neubauten ersetzt werden. Das nächste Kulturdenkmal, welches akut bedroht ist, zerstört zu werden, ist das „Grüner Wehr“ - Im Volksmund liebevoll als „Klein-Venedig“ bezeichnet. Den Stadtverordneten der Universitätsstadt Marburg sind in den vergangenen Jahren immer wieder

Pläne zur Sanierung des „Grüner Wehr“ vorgelegt worden - von einem Abriss beziehungsweise Neubau war hingegen nicht die Rede. Ende Februar fand eine Ortsbeiratssitzung in Weidenhausen statt, an der zahlreiche Anwohner teilnahmen. Dazu eingeladen war der zuständige Projektplaner Herr Plassmann. Ihm schlossen sich der zuständige Dezerent Bürgermeister Wieland Stötzel sowie der Bauamtsleiter, Herr Ruth, an. In der Diskussion wurden folgende Fakten dargelegt: 2008 ging man tatsächlich noch von einer Sanierung aus. Mittlerweile hat man sich von diesen Planungen verabschiedet. Dazu liegen verschiedene Gutachten

aus Planungsbüros vor. Warum diese nicht öffentlich gemacht werden sollen, erschließt sich mir nicht, zumal Transparenz und Bürgerbeteiligung in Marburg von offizieller Seite dem Anschein nach großgeschrieben werden. Ebenfalls wurde auf der Ortsbeiratssitzung bekannt, dass der Sanierungsbedarf seit Mitte der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts bekannt sei, dass aber lediglich kleinere Reparaturarbeiten seither am Wehr durchgeführt wurden, was aus meiner Sicht eine gelungene Beweisführung für die Standhaftigkeit des Wehrs darstellt! Zudem sind Kosten für einen Neubau des Wehres genannt worden. Diese belaufen sich auf etwa 3,5 Mio €. Hiervon übernimmt die EU 1,5 Mio € an Fördergeldern, da es eine EU-Richtlinie gibt, die rechtlich verbindlich für die BRD ist. Diese besagt, dass man bei Gewässern für alle aquaristischen Lebewesen eine Wehrdurchlässigkeit zu gewährleisten hat. Das bedeutet konkret, an das bestehende „Grüner Wehr“ soll eine Fischtreppe gebaut werden. Dies ist sicherlich auch unter den Aspekten einer Sanierung möglich. Ob das eine Investition von 3,5 Mio € rechtfertigt, wird kritisch hinterfragt, zumal auf die Stadt Kosten von 2 Mio € zukommen, und das im Stadium von Vorplanungen. Man darf also mit einer Kostensteigerung rechnen. Zudem ist das „Grüner Wehr“ im wahrsten Sinne des Wortes ein Wahrzeichen der schönen Universitätsstadt Marburg. Es zielt nicht

nur viele Postkartenmotive. Es ist aus historischer Sicht unmittelbar mit dem kulturellen, sozialgeschichtlichen und finanziellen Aufstieg der Stadt Marburg verbunden. Wir reden deshalb über ein Kulturdenkmal nach §2 HDSchG (Hessisches Denkmalschutzgesetz)! Ein weiterer wichtiger Aspekt spielt dabei die Rolle der Lahn im Innenstadtbereich - als Ausflugsziel, zur Naherholung nicht nur junger Familien, die vor allem in den Sommermonaten hierher zum Baden kommen, was auch in der Lahnstudie belegt wird. Es wurde durch Herrn Plassmann auf Nachfrage bestätigt, dass nach Umbau die Fließgeschwindigkeiten sich erhöhen und somit ein Plantschen jetziger Art, nicht mehr möglich sein wird. Der gesamte Bereich vom Hirsefeldsteg bis zum Wehr, das Kiesbett, der urige Bewuchs, wird bei den Bauarbeiten komplett zerstört.

Ich spreche mich klar für den Erhalt des Denkmal geschützten Wehrs aus! Ich bin überzeugt, eine Fischtreppe kann auch an das bestehende Wehr angebracht werden. Die eingeplanten Finanzmittel sind an anderer Stelle sicherlich sinnvoller einzusetzen!

Tanja Bauder-Wöhr

22. PARTEITAG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Der 22. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei sei »ziemlich gut und erfolgreich« gewesen, meinte der wiedergewählte Parteivorsitzende Patrik Köbele etwas ironisch in seinen Schlussworten am Sonntag in Frankfurt am Main. Sein Bewertungsmaßstab: Es gibt keine andere deutsche Partei, die Überlegungen dazu anstellt, wie dieses Land an eine proletarische Revolution herangeführt werden kann – was nicht heiße, »dass alles stimmt«, was da überlegt werde. Weder die Partei Die Linke noch die neue Regierungskoalition stellten eine Losung auf wie: »Ran an die Klasse, an die Jugend, raus auf die Straße!« Köbele wies darauf hin, dass auf dem Parteitag eine Verjüngung der DKP spürbar geworden sei – auch in der kämpferischen Ungeduld mancher Delegierter. Da könne die Partei klein sein, aber welche andere habe so etwas? Die Atmosphäre

auf dem Kongress, erklärte er, sei vor allem mit »souverän« zu charakterisieren. Dazu gehöre auch, dass dieser kein Ende der Parteidebatte gesetzt habe, sondern einen »Anfang des Handelns«. Dabei sei für die DKP nach den Ostermärschen, dem 1. Mai und der Aktion gegen die in Büchel gelagerten Atomwaffen das »Lieblingsfest ihrer Lieblingszeitung« Unsere Zeit vom 7. bis zum 9. September in Dortmund die wichtigste Aktivität. Köbele setzte sich erneut dafür ein, dass die DKP-Mitglieder bis dahin 30.000 Unterschriften für den Aufruf »Abrüsten statt aufrüsten« sammeln. Dieser wende sich gegen das Ziel, den deutschen Rüstungsetat auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Darin kulminierte »die militärische Strategie des deutschen Imperialismus«. Die DKP wolle dabei »Sand im Getriebe« sein. Zwei prägende Eindrücke

20. UZ-PRESSEFEST

DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

KONSTANTIN WECKER

ESTHER BEJARANO & MICROPHONE MAFIA

KAI DEGENHARDT ★ KLAUS DER GEIGER

ERICH SCHAFFNER ★ SKA-KONZERT ★ U.V.M.

THEATER ★ LESUNGEN ★ KINDERFEST ★ FLOHMARKT ★ BÜCHERMARKT
DISKUSSIONEN ★ AUSSTELLUNGEN ★ GRAFIKEN VON DIETER SÜVERKRÜP
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN ★ UMSONST & DRAUSSEN

7. – 9. September 2018

Revierpark Wischlingen Dortmund



DKP
www.dkp.de

für Beobachter der Konferenz waren damit genannt: zum einen die relativ große Zahl jüngerer Delegierter und zum anderen die zumeist sachliche, konstruktive Atmosphäre. Das war noch auf dem 21. Parteitag, der im November 2015 und im Februar 2016 tagte, anders. Inzwischen ist offenbar eine Generation in der DKP herangewachsen, die ihre politischen Erfahrungen zumeist in der SDAJ, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, gesammelt hat. Nicht wenige arbeiten, wie zu hören war, in der IT-Branche (auch der Parteivorsitzende), in der es anscheinend möglich ist, eher als anderswo als Kommunist tätig zu sein. Allerdings warnten sowohl Köbele wie auch seine beiden wiedergewählten Stellvertreter, Vera Richter und Hans-Peter Brenner, davor, die Verankerung in der Arbeiterklasse zu vernachlässigen. Die Stärkung der Partei, die etwa 3.000 Mitglieder hat und mehr verliert als neue aufnimmt, wird, wie Richter formulierte, zu einer »Existenzfrage«. Nicht wenige Anträge von Basisgliederungen beschäftigten sich

mit dieser Problematik. So angespannt die Situation in dieser Hinsicht ist, so beeindruckend war die Ruhe und Klarheit, mit der die große Mehrheit der Delegierten – jeweils über 100 von 166 – den Standpunkt des Parteivorstandes zu internen Debatten unterstützte. Das betraf sowohl die Entscheidung zur Auflösung der Bezirksorganisation Südbayern der DKP mit Wirkung vom 18. Juni 2017 wie auch der Unvereinbarkeitsbeschluss mit dem »Kommunistischen Netzwerk«. Letzterer läuft nicht auf einen pauschalen Ausschluss hinaus, sondern enthält die Aufforderung, zur Arbeit in der DKP gemäß ihrem Statut zurückzukehren. Alles in allem: Die DKP zeigte in Frankfurt, dass sie in der Lage ist, über eigene Defizite und Grenzen sachlich zu diskutieren, aber sich ihrer Einzigartigkeit unter den deutschen Parteien bewusst ist – eine gute Grundlage für revolutionäre Realpolitik.

**Aus der Unsere Zeit -
Wochenzeitung der DKP**

Drei Wochen lang
Gratis* lesen

* Das Probeabo ist unverbindlich und endet automatisch
www.jungewelt.de/probeabo



STOPPT DEN TÜRKISCHEN ANGRIFFSKRIEG!

Die türkische Armee hat die nord-syrische Stadt Afrin besetzt. Seit über zwei Monaten führt die türkische Armee einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. In der gleichnamigen Provinz, auf syrischem Staatsgebiet, geht sie äußerst brutal gegen die Zivilbevölkerung vor. Sie nutzt dabei deutsches Kriegsgerät, unter anderem Leopard-2-Kampfpanzer und G3-Sturmgewehre. Mehr als 1.000 ZivilistInnen wurden bisher getötet oder verletzt, über 200.000 in die Flucht getrieben. Offizielles Ziel des türkischen Kriegseinsatzes ist es, die kurdischen YPG-Milizen zu bekämpfen. Sie halten den Norden Syriens unter ihrer Kontrolle und sind dort dabei, einen de-facto Staat zu errichten. Solche kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen will die türkische Regierung möglichst unterbinden, da sie selbst die kurdische Bevölkerung in der Türkei seit Jahrzehnten unterdrückt. Die Intervention der Türkei hat aber auch noch andere Hintergründe: neben dem Kampf gegen die Kurden geht es dem NATO-Staat auch darum, dem geschwächten syrischen Staat Gebiete und Ressourcen abzuverlangen und so die Machtposition der Türkei zu stärken. Dadurch, dass nun reguläre türkische Truppen auf syrisch-

em Staatsgebiet operieren, erhöht sich ungemein die Gefahr einer militärischen Konfrontation mit den Streitkräften Syriens, die mit Russland verbündet sind.



Wir fordern:

- Sofortiges Ende der türkischen Militäraktion und Abzug aller NATO-Truppen aus Syrien!
- Das Ende der Bundeswehreinsätze in Syrien und im Irak!
- Stopp aller deutschen Rüstungsexporte in die Region!
- Wahrung der syrischen Souveränität! Hände weg von

SDAJ Marburg

300 OSTERMARSCHIERER IN MARBURG – FRIEDENSBEWEGUNG IM AUFSCHWUNG!

Über die Ostertage hinweg gab es in über 90 Städten Demonstrationen, Proteste und Mahnwachen der Friedensbewegung. Insgesamt beteiligten sich mehrere zehntausend Menschen. An einigen Orten stieg die Zahl der Rüstungsgegner deutlich an, so in Marburg auf 300. In Frankfurt demonstrierten 4.000 Menschen. Die aktuellen Kriege, die weitere Militarisierung der Politik und die gewachsene eigene Betroffenheit sind Gründe für vermehrte Aktionen der Friedensbewegung. Die Einnahme der nordsyrischen Stadt Afrin durch türkische Truppen hat insbesondere viele Kurden zur Teilnahme an den Ostermärschen bewegt. Auch die stärkere Unterstützung seitens der Gewerkschaften hat sich positiv ausgewirkt. Neben der Forderung nach einer neuen Entspannungspolitik gegenüber Russland und Solidaritätsbekundungen mit den Opfern des völkerrechtswidrigen Krieges der Türkei gegen Kurden in Syrien domi-

nierte vor allem das Thema Abrüstung die diesjährigen Ostermärsche. Ganz in diesem Sinne waren die Forderungen des Marburger Bündnisses „Nein zum Krieg“ abgefasst, zu denen u.a. gehörten:

Abrüstung statt Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts.

Diese Erhöhung haben die NATO-Staaten auf Anforderung der USA 2014 in Wales vereinbart. Die Große Koalition hat das 2-Prozent-Ziel entgegen den Wahlversprechen der SPD in ihrem Koalitionsvertrag bestätigt. Dabei geht es um die Verdopplung des Rüstungshaushaltes von 37 auf etwa 75 Milliarden Euro im Jahr 2024. Die Dramatik, die sich hinter dieser Zahl verbirgt, hat die Bertelsmann-Stiftung, die wahrlich nicht mit einer kommunistischen Sympathisantengruppe verwechselt werden kann, auf den Punkt gebracht: Mit ca. 34 Milliarden Euro könnten alle Schulen in Deutschland saniert werden! Aber



dieser Irrsinn hat System und formuliert ein klares Ziel: Die Kriegsführungsfähigkeit der Bundeswehr und die Rolle des deutschen Imperialismus im Rahmen der US-geführten NATO und des europäischen Kriegsbündnisses PESCO sollen gestärkt werden. Der internationale Stellenwert der BRD wird wieder zur militärischen Stärke des Landes in Bezug gesetzt. Das ist ein klares Bekenntnis zum aktiven Einsatz des Militärischen bei der Durchsetzung ökonomischer und politischer Interessen der BRD weltweit, die vom Verlangen der deutschen Monopole nach Profit und Herrschaft bestimmt werden.

Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr

Die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD hat gleich zu Beginn ihrer Amtszeit diverse Auslandseinsätze der Bundeswehr verlängert und wird weiterhin Waffen an verbrecherische Regime wie Saudi-Arabien liefern. Mit

deutschen Leopard-Panzern walzt die Türkei in Afrin die Gegner des IS nieder. Die Folge: Hunderttausende Menschen werden dadurch aus einer relativ sicheren Region in die Flucht gezwungen.

Unterstützung der Ächtung aller Atomwaffen und Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel

Im vergangenen Jahr hat die UN den Atomwaffenverbotsvertrag verabschiedet, unterstützt von 122 Nationen. Einige Staaten haben ihn schon ratifiziert, die deutsche Regierung nicht. Mehr als zwei Drittel der Bundesbürger wollen, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitrifft. Die Bundesregierung schweigt, auch der bereits 2010 getroffene Bundestagsbeschluss zum Abzug der US-Atomwaffen am Standort Büchel wartet auf seine Umsetzung.

Herwig Selzer

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

Die DKP hat auf ihrem 22. Parteitag Anfang März beschlossen, bis zu ihrem UZ-Pressesfest Anfang September 30.000 Unterschriften für den Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ zu sammeln.

Unterzeichnet ihn, sammelt selbst. Macht auf den Appell aufmerksam.

www.abruesten.jetzt



FILMEMPFEHLUNG

Barmbek: Ein Aufstand wird abgebrochen

Im Jahr 1923 gab es in Hamburg einen kommunistischen Aufstand, bei dem ein ganzes Arbeiter-Stadtviertel bewies, wie viel man doch bewirken konnte, gegen Unterdrückung und schlechte Verhältnisse wie Hunger und Armut. Menschen kamen zusammen und bewiesen, dass man sich wehren konnte. Auch wenn der Aufstand ein signifikantes Ereignis für die Beteiligten gewesen war, so haben dennoch Wenige je von ihm gehört. Das wusste auch Klaus Wildenhahn, als er und sein Filmteam, bestehend aus Gisela Tuchtenhagen und Reiner Etz, Anfang der 70er Jahre eine dreiteilige Dokumentation über den Aufstand und vor allem die Menschen dahinter produzierte, die im NDR ausgestrahlt wurde. Im Jahre 1989 kam dann eine Kurzfassung des Filmes heraus, sie trägt den Titel „Barmbek: Ein Aufstand wird Abgebrochen“

Der Film befasst sich mit den Ereignissen des Aufstandes und dem, was davor und danach geschah. Jedoch möchte Wildenhahn das Geschehene nicht inszenieren, sondern er möchte zuhören. Er hört mehreren Hamburger Kommunisten von damals zu, denen die Freiheit gelassen wird, ihre Geschichte selbst zu schreiben. Dies mag von vielen als eine einseitige Be-

trachtung der Geschichte abgetan werden, doch auch dessen ist sich der Film bewusst und macht deswegen teilweise sogar den eigenen Entstehungsprozess und Gedankengänge der Mitwirkenden transparent.

Als Beobachter lädt Wildenhahn den Zuschauer mit in die Wohnzimmer und Stammkneipen jener Zeitzeugen ein, die sowohl von der damaligen revolutionären Stimmung, als auch von ihrer Haft danach, während des Nationalsozialismus, berichten. Vor allem werden Interviews geführt, unterfüttert mit schriftlichen Berichten der Ereignisse von Parteiführung und Poetin und Aufnahmen der Stadt zur Zeit der Entstehung. Diese Dokumentation ist jedem zu empfehlen, der eine authentische, transparente Erzählung sucht, um sich letztendlich selbst ein Bild zu machen.



BILDQUELLE: WWW.ABSOLUTMEDIEN.DE

M. Sanchez

MARBURGER ECHO

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN

PARTei (DKP) MARBURG

Was?	WANN?	Wo?
Vormaifeier in Marburg	30.04.2018 18-20 Uhr	Adolf-Reichwein-Schule, Weintrautstraße 33
I. Mai in Marburg - Demonstration und Kundgebung	01.05.2018 11:00 Uhr	Vor dem DGB-Haus, Bahnhofstraße 6
VR China - die neue Weltmacht	26.05.2018 10-17 Uhr	DGB-Haus Marburg, Bahnhofstraße 6

IMPRESSUM

INFO@DKP-MARBURG.DE

[WWW.FACEBOOK.COM/DKP.MARBURG/](https://www.facebook.com/DKP.MARBURG/)

WWW.DKP-HESSEN.DE

WWW.DKP-ONLINE.DE

